



# Baden-Württemberg

## **Gemeinsame Erklärung anlässlich des Flüchtlingsgipfels**

### **Die Herausforderungen in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsgemeinschaft bewältigen**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat unermessliches Leid über die Ukrainerinnen und Ukrainer gebracht. Er kostet nicht nur zahllosen Menschen das Leben, sondern hat auch die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Viele Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer mussten fliehen und ihr Heimatland verlassen – die meisten von ihnen Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Wir versichern den Ukrainerinnen und Ukrainern, die die territoriale Integrität und Unabhängigkeit ihres Landes sowie ihre Freiheit und Würde verteidigen, unsere volle Solidarität. Das gilt umso mehr, als sie auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unsere gemeinsamen Werte verteidigen.

Denn die russische Aggression bedroht nicht nur die Ukraine, sondern auch uns. Der russische Präsident Putin setzt Energie als Waffe ein. Damit, aber auch indem er Millionen Menschen vertreibt und zur Flucht zwingt, will er die westlichen Demokratien politisch destabilisieren. Er möchte uns schwächen, spalten und aus der Solidarität mit der Ukraine herausbrechen. Wir lassen uns jedoch nicht erpressen und auseinanderreiben. Wir handeln gemeinsam, um die Krise zu bewältigen.

Das verlangt uns allen viel ab. In Baden-Württemberg haben wir in diesem Jahr so viele Geflüchtete wie nie zuvor aufgenommen. Allein aus der Ukraine kamen mehr als 141.000 Schutzsuchende. Hinzu kamen rund 28.000 Geflüchtete aus anderen Staaten.

Die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen sowie ihre Integration im Land bedeuten eine enorme gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Diese haben wir in Baden-Württemberg in diesem Jahr in einer Verantwortungsgemeinschaft von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft entschlossen angenommen. Unser ausdrücklicher Dank geht an die vielen Menschen im Land, die dabei mit angepackt haben, die Flüchtlinge aufgenommen oder auf andere Weise unterstützt haben. Insbesondere

den großen Anstrengungen der Kommunen und der vielen ehrenamtlichen Engagierten vor Ort sowie der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Betriebe und Unternehmen, Gewerkschaften, Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass wir unserer humanitären Verantwortung gerecht werden konnten. Das gilt umso mehr, als die hohe Zahl an Geflüchteten viele Kommunen an den Rand dessen bringt, was sie zu leisten in der Lage sind.

Derzeit ist schwer absehbar, wie sich die Flüchtlingssituation über den Winter entwickeln wird. Wir sind uns einig, dass es gleichwohl unsere humanitäre und verfassungsmäßige Pflicht ist, die Schutzsuchenden aufzunehmen und gut zu versorgen. Falls der Flüchtlingszugang weiter zunimmt, müssen wir damit rechnen, dass dies mit Belastungen oder Einschränkungen für die Bevölkerung verbunden sein wird. So werden für die Unterbringung auch weitere öffentliche Gebäude genutzt werden müssen, als Ultima Ratio etwa auch Messehallen, Kultur- und Sportstätten.

Wir streben den weiteren Ausbau der Unterbringungsplätze auf allen Ebenen der Flüchtlingsaufnahme – den staatlichen Ebenen Erstaufnahme und vorläufige Unterbringung sowie der kommunalen Anschlussunterbringung – an. Dabei werden wir weiter eine faire Verteilung im Land vornehmen.

Wir integrieren die geflohenen Kinder und Jugendlichen bestmöglich in unseren Alltag und unser Betreuungs- und Bildungssystem. Dies ist eine große Herausforderung, da viele Kindergärten und Schulen schon heute an ihrer Belastungsgrenze angekommen sind. Wir werben bei den Familien mit ihren Kindern dafür, dies solidarisch mitzutragen.

Wir sorgen zusammen für gute Integrationsmaßnahmen – von beruflicher und gesellschaftlicher Integration, Sprachförderung ergänzend zu den Integrationskursen des Bundes bis zur Unterstützung von Ehrenamtlichen.

Land und Kommunen setzen sich gemeinsam beim Bund für eine angemessene Beteiligung an den Flüchtlingskosten ein. Denn die Finanzausgaben des Bundes werden der schwierigen Lage im Land und in den Kommunen bei weitem nicht gerecht. Im kommenden Frühjahr werden Bund und Länder über die weitere Finanzierung sprechen. Der Bund muss hier unbedingt mehr finanzielle Verantwortung übernehmen. Ebenso fordern wir den Bund eindringlich auf, sich auf europäischer Ebene konsequenter für eine solidarische und gerechte Verteilung der Geflüchteten innerhalb der

Europäischen Union sowie für eine Reform des europäischen Asylsystems mit humanitären und sozialen Standards bei der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten einzusetzen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass unsere Gesellschaft in dieser Krise vor einer großen Herausforderung steht. Diese wollen wir weiter zusammen in einer großen gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsgemeinschaft bewältigen und appellieren an die Menschen im Land, dies zu unterstützen.

**Land Baden-Württemberg**  
**Städtetag Baden-Württemberg**  
**Gemeindetag Baden-Württemberg**  
**Landkreistag Baden-Württemberg**  
**Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg**  
**Unternehmer Baden-Württemberg e. V.**  
**Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Baden-Württemberg**  
**Erzdiözese Freiburg**  
**Diözese Rottenburg-Stuttgart**  
**Evangelische Landeskirche in Baden**  
**Evangelische Landeskirche in Württemberg**  
**Israelitische Religionsgemeinschaft Baden**  
**Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs**  
**Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.**  
**Landessportverband Baden-Württemberg e. V.**  
**Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V.**